

7. Sprachförderung an den Zürcher Gymnasien

Postulat Ann Barbara Franzen (FDP, Niederweningen), Beat Habegger (FDP, Zürich), Marc Bourgeois (FDP, Zürich)

KR-Nr. 262/2019, Entgegennahme, Diskussion

Ratspräsident Roman Schmid: Der Regierungsrat ist bereit, das Postulat entgegenzunehmen. Matthias Hauser hat an der Sitzung vom 2. Dezember 2019 Antrag auf Nichtüberweisung des Postulates gestellt. Der Rat hat über die Überweisung zu entscheiden. Wir haben reduzierte Debatte beschlossen.

Ordnungsantrag

Hans-Peter Amrein (SVP, Küsnacht; fraktionslos): Ich beantrage Ihnen auch hier *freie Debatte*.

Lustig in diesem Zusammenhang, die Sprecherin der FDP, dieser sogenannt liberalen und freiheitlichen Fraktion, welche sich grundsätzlich gegen das Rederecht von Urs Hans und mir stellt, stand schon bereit. Ich beantrage Ihnen freie Debatte, damit man dieses Postulat der FDP hier diskutieren kann. Denn es bedarf einer Diskussion. Es hat einen Diskussionsbedarf auch für alle die hier drin die Eltern von Kindern sind, die an Gymnasien sind oder bald an Gymnasien sein werden.

Abstimmung über den Ordnungsantrag

Für den Ordnungsantrag stimmen 30 Ratsmitglieder. Damit ist das Quorum von 60 Stimmen nicht erreicht. Das Postulat KR-Nr. 262/2019 wird in reduzierter Debatte behandelt.

Ann Barbara Franzen (FDP, Niederweningen): Ich entschuldige mich zuallererst dafür, dass ich hier schon am Rednerpult gestanden habe und meinem Kollegen Hans-Peter Amrein fast das Wort nicht gegeben hätte in diesem Sinne. Das war natürlich nicht meine Absicht. Es war nur meine Absicht, hier schnell vorwärts zu machen. Hans-Peter, geschätzter Kollege, ich entschuldige mich bei dir.

Kommen wir aber zum Geschäft: Die Fähigkeit, sich flüssig und mit Verständnis für den kulturellen Hintergrund in einer Fremdsprache ausdrücken zu können, ist ein wichtiges und förderungswürdiges Anliegen, da sind wir uns sicherlich – so hoffe ich doch – einig. Die FDP hat dieses Thema schon früh aufgenommen. Beispielsweise haben wir Anfragen platziert, und heute stehen nun zwei Postulate (*KR-Nrn. 262/2019 und 263/2019*) von uns auf der Traktandenliste. Beide Postulate betreffen einen Bereich, und ich betone: Es handelt sich nur um einen Bereich der Fremdsprachenförderung, nämlich jenen auf der gymnasialen Stufe. Bei beiden Postulaten wäre der Regierungsrat bereit, sie entgegenzunehmen, was uns freut.

Mit dem ersten Postulat, dem Postulat, das wir jetzt besprechen, möchten wir erreichen, dass sich die Bildungsdirektion dem Thema des Sprachaufenthaltes annimmt. Sprachaufenthalte sind unbestrittenermassen eine der besten Möglichkeiten für Schülerinnen und Schüler, sich eine Sprache anzueignen. Neben der fachlichen werden auch die Persönlichkeitsbildung und die Entwicklung von sozialen Kompetenzen gefördert. Leider ist die Verankerung der Sprachförderung durch Aufenthalte in der französisch- oder italienischsprachigen Schweiz oder auch im Ausland, beispielsweise für Englisch oder für Spanisch, heute bis auf wenige Ausnahmen unter den Zürcher Gymnasien – ich denke da an die Kantonsschulen Zürich Nord oder das Gymnasium Freudenberg – nicht flächendeckend gegeben. Und auch an diesen Schulen leben die Austauschprogramme mehrheitlich vom persönlichen Engagement einzelner Lehrpersonen sowie von der Unterstützung durch die Schulleitungen der jeweiligen Schule. Die FDP schätzt dieses Engagement von Lehrpersonen und Schulleitungen, aber es erscheint uns in Bezug auf die Bildungsgerechtigkeit der Schülerinnen und Schüler nicht korrekt, wenn die Angebote praktisch von einzelnen Lehrpersonen und deren überdies oft privatem Einsatz abhängen. Eine Förderung durch den Kanton, sei es durch Personal der Bildungsdirektion oder über einen privaten Leistungsanbieter, soll das heterogene Bild korrigieren und eine Optimierung der Chancen herbeiführen. Wir wünschen uns weiterhin Lehrpersonen, die mit Begeisterung unterrichten und die auch bereit sind, dafür die berühmte Extrameile, den berühmten Extrakilometer zu gehen. Aber wir sind auch der Meinung, dass sie zumindest organisatorisch entlastet werden sollten. Nur damit, sind wir der Meinung, könnten wir das Ziel erreichen, nämlich, dass sich noch mehr Schülerinnen und Schüler für einen Sprachaufenthalt entscheiden.

Mit unserem Postulat bitten wir um Informationen, um einen Bericht darüber, was denn finanziell und personell überhaupt gegeben sein müsste, damit alle Zürcher Gymnasien den Schülerinnen und Schülern ab der vierten Gymnasialklasse – das ist das zehnte Schuljahr – einen Sprachaufenthalt ermöglichen könnten. Und wir hoffen, dass sich die Bildungsdirektion dann diesem Thema annimmt und die Schulen bei der Planung und Durchführung von Sprachaufhalten unterstützt, sodass systematische Austauschprojekte an allen Zürcher Gymnasien möglich wären.

Wir sind uns bewusst, dass wir hier nur von einer Schulstufe reden, aber wir möchten genau die Ungleichheiten beim Sprachaufenthalt innerhalb dieser Stufe auflösen. In diesem Sinne appellieren wir an Sie: Tun wir doch etwas für die Schülerinnen und Schüler, die eine Fremdsprache noch besser beherrschen wollen. Helfen wir den Lehrpersonen und den Schulleitungen der Gymnasien mit verbesserten Rahmenbedingungen dabei. Die FDP dankt für Ihre Unterstützung.

Matthias Hauser (SVP, Hüntwangen): Die SVP ist nicht gegen Sprachaufenthalte, aber wir möchten die Ausweitung des Staates auch in diesem Punkt und mehr Vorgaben für die Mittelschulen verhindern. Das war schon der erste von sieben Punkten, die gegen dieses Postulat sprechen. Also: Es braucht keine neue Staats-

aufgabe im Globalbudget des Mittelschulamtes. Zweitens: Die Zeit bis zur Maturität wurde in den Gymnasien gegenüber früher gekürzt, zuerst von viereinhalb auf vier Jahre im Kurzgymnasium, im Langgymnasium war es von sechseinhalb auf sechs Jahre, und dann als Koordination mit dem Studienbeginn um weitere Wochen. Stillschweigend wurde im Rahmen dieser zweiten Kürzung auch beschlossen, im letzten Gymnasialjahr nur noch ein Semesterzeugnis für das ganze Jahr auszustellen statt deren zwei. Es kann nicht sein, dass man nun mit diesem Vorschlag der Ausbildung zur Maturität obligatorisch weitere Zeit wegnimmt. Dritter Punkt: die Bevorzugung der Sprachfächer. Auch naturwissenschaftliche Projektwochen oder die Wirtschaftswochen finden nicht kantonale koordiniert statt. Es gibt keinen Grund, diesbezüglich ein politisches Zeichen für eine Sonderrolle der Sprachen zu setzen. Vierter Punkt: Warum nur für Gymnasiasten? Auch Jugendliche in der Berufsbildung würden vielleicht auf staatliche Leistungen gestützte Fremdsprachenaufenthalte absolvieren. Die Forderung der FDP verstärkt die sowieso schon vorhandene staatliche Bevorzugung der Mittelschülerinnen und Mittelschüler. Der fünfte Punkt: Heute sind auf privater Basis längere Sprachaufenthalte problemlos möglich, sofern Jugendliche bereit sind, in den Gymnasien je nachdem ein Jahr auszulassen. Für Schülerinnen und Schüler, die in einem anderen Land in Gastfamilien wohnen und dort die lokale Schule besuchen, ist sogar der Schulbesuch in derselben Klasse möglich, die vor dem Sprachaufenthalt verlassen wurde. Es sind aber nur wenige Jugendliche, die es auch kognitiv und von der Zeit her schaffen, den Anschluss zu behalten. Organisationen sind zum Beispiel AFS, eine Nonprofit-Organisation, oder die spezialisierten Sprachschulen wie ESL. Sechstens: An Gymnasien haben die Schülerinnen und Schüler 13 Wochen Schulferien. Älteren Jugendlichen kann zugemutet werden, diese Zeit für private Sprachaufenthalte und Auslandsfahrten zu nutzen. Das braucht keine kantonale Koordination, sondern etwas Selbstständigkeit. Und der siebte Punkt: Sprachaufenthalte im Kollektiv, also ganze Deutschschweizer Gruppen, die zum Beispiel in die Romandie gehen, bringen zwar kulturelle Erfahrungen, oft aber keinen effizienten Lernfortschritt in der Fremdsprache, nicht höher, als in einem anderen Fach auch von einer Intensivwoche profitiert werden könnte. In Fremdsprachenaufenthalten, wo sich Deutschsprachige gemeinsam befinden, sind oft auch die Deutschsprachigen gemeinsam unterwegs und sprechen oft untereinander Deutsch; seien wir ehrlich, das geht Ihnen allen auch so. Daher ist dieses Postulat – wie soll man sagen – vergebener Rückenwind. Es weitet den Staat aus, es schränkt die Gymnasien dort ein, wo es privat eigentlich bestens funktioniert. Schade, dass eine liberale Partei mit so etwas kommt, einfach, weil man damit ein bisschen für Stimmung sorgen kann. Ich bitte Sie, das Postulat abzulehnen.

Leandra Columberg (SP, Dübendorf): Selbstverständlich unterstützt die SP die Bestrebungen, dass alle Zürcher Gymnasien den Schülerinnen und Schülern einen Sprachaufenthalt ermöglichen. Und um einen Punkt meines SVP-Vorredners aufzugreifen: Ja, warum eigentlich nur für Gymnasiastinnen und Gymnasiasten? Wir

arbeiten gerne mit euch zusammen, wenn ihr das auch anderen Schülerinnen und Schülern ermöglichen wollt.

Sprachaufenthalte erweitern den kulturellen Horizont, ermöglichen das Lernen und Vertiefen einer anderen Sprache und bringen neue Erfahrungen. Doch mit einem Bericht der Bildungsdirektion über die personellen und finanziellen Voraussetzungen dafür ist es noch nicht getan. Es braucht dann vor allem bei der Umsetzung den Willen und auch die Zustimmung der bürgerlichen Seite, um auch anfallende Kosten zur Erreichung dieses Ziels zu tragen, damit wirklich alle Schülerinnen und Schüler die Möglichkeit haben, einen Sprachaufenthalt zu absolvieren. Wenn es den Postulantinnen und Postulanten also ernst ist, müssen sie auch bereit sein, anfallende finanzielle Mittel zu stellen. Die Schaffung einer kantonalen Koordinationsstelle erachten wir auch als sinnvoll. Dem Erteilen von Leistungsaufträgen an private Anbieter stehen wir eher kritisch gegenüber. Die SP wird der Überweisung des Postulates zustimmen. Besten Dank.

Christoph Ziegler (GLP, Elgg): Ein Sprachaufenthalt ist wichtig und hat ohne Frage einen Impact auf unsere Schülerinnen und Schüler. Neben dem Erlernen einer Fremdsprache stehen hierbei auch die Begegnung und das Verständnis einer anderen Kultur im Vordergrund. In meinem Postulat «Vom Schlusslicht in die Spitzengruppe» (KR-Nr. 11/2019) habe ich deshalb für alle Schülerinnen und Schüler der Volksschule einen Klassenaustausch von einer Woche gefordert und mich dabei auf denselben Zeitungsartikel und auf denselben Befund bezogen wie die Postulanten dieses Vorstosses. Es ist nämlich so, dass der Kanton Zürich bezüglich Schüleraustausch nationales Schlusslicht ist. Das grünliberale Postulat wurde übrigens vor zwei Monaten überwiesen. Wie es vielleicht auch dem grünliberalen Naturell entspricht, waren wir aber viel bescheidener als die Postulanten der FDP: ein Aufenthalt, eine Woche und in der Schweiz. Dieses Postulat hier fordert vier Wochen und es wird bewusst offengelassen, um welche Fremdsprache es sich handelt und wo der Aufenthalt abgehalten werden könnte. Na ja, der Fokus ist beim FDP-Antrag klar auf die Kompetenz gerichtet und es handelt sich um ein Postulat. Ich kann mir nicht vorstellen, dass die FDP einen Plausch-Aufenthalt in Hawaii mit ihrem Postulat meint.

Entlarvend für die FDP ist aber ihr Abstimmungsverhalten: Am 11. Januar 2021 – das ist noch nicht so lange her – hat sie eine Woche für die Volksschülerinnen und Volksschüler abgelehnt. Befund: zu teuer und vor allem schwierig durchzuführen. Vier Wochen für die bildungspolitische Elite, das geht dann aber, auch wenn die Reise ins Ausland führt. Na ja, dies hinterlässt einen fahlen Beigeschmack und die Mehrheit der Bewohnerinnen und Bewohner unseres Kantons versteht das wohl kaum. Uns von der GLP geht es um die Sache. Wir machen keine Klientelpolitik. Ein Sprachaufenthalt ist eine gute Sache, deshalb unterstützen wir das Postulat.

Wilma Willi (Grüne, Stadel): Die Grüne Fraktion stellt sich der Sprachförderung stets positiv gegenüber, und dies auf allen Stufen. Es ist deshalb erfreulich, wie

viele Möglichkeiten es in unserem Kanton bereits gibt. Wie wir alle wissen, können Mittelschülerinnen und Mittelschüler schon seit Jahrzehnten ein Auslandjahr absolvieren. Und ja, meistens bietet ein Auslandjahr bereits eine ausgezeichnete Gelegenheit für Spracherwerb und Kulturerfahrung. Die Mittelschulen sind auch sonst nicht untätig geblieben und haben auch verschiedene Modelle entwickelt, um ihren Schülern einen Sprachaufenthalt zu ermöglichen. So kann zum Beispiel vor den Herbstferien eine Schulwoche für einen Sprachaufenthalt benützt werden, und das ergibt dann zusammen mit den Ferienwochen einen schönen und effizienten Sprachaufenthalt. Wir stellen auch fest, dass immer mehr Mittelschulen ihre Schülerinnen und Schüler motivieren, anstatt langer Flugreisen nach Kanada oder Australien doch eher ihren Sprachaufenthalt in der Schweiz und im benachbarten Ausland zu absolvieren oder für Englischkenntnisse nach Grossbritannien zu reisen. Diese Haltung wird selbstverständlich von der Grünen Fraktion sehr begrüsst und unterstützt.

In der Antwort auf meine Anfrage Kantonsratsnummer 283/2020 erfuhren wir, dass das Volksschulamt und das Mittelschul- und Berufsbildungsamt seit August 2020 eine gemeinsame Fachstelle Austausch und Mobilität führen. Dadurch wären die Zusammenarbeit und der Kontakt im Bereich zweisprachiger Angebote und somit auch Immersionsangebote an Mittelschulen intensiviert. Die Schaffung einer Koordinationsstelle, wie es im Postulat verlangt wird, ist damit bereits sehr weit fortgeschritten und seit August 2020 in gewissen Bereichen auch schon implementiert. Gerne machen wir auch darauf aufmerksam, dass «Movetia», die nationale Agentur für Austausch und Mobilität, ein breites Angebot an allen Schulen bietet und diverse Austauschangebote und Modelle entwickelt hat. Dies alles selbstverständlich auch für die Sprachförderung; alles einsehbar auf movetia.ch. Auch unterstützt diese nationale Agentur Lehrpersonen und Schulleitungen, und das alles gratis. Somit sehen Sie, dass das Postulat offene Türen einrennt und es heute schon sehr viele Angebote und Möglichkeiten gibt. Da der Regierungsrat bereit ist, das Postulat entgegenzunehmen, und da wir Grünen die Sprachförderung immer begrüssen und unterstützen, bitten wir auch um Ihre Unterstützung und Überweisung des Postulates.

Kathrin Wydler (CVP, Wallisellen): Ich spreche gleich zu beiden Postulaten, 262/2019 und 263/2019: Es ist begrüssenswert, wenn es für Mittelschülerinnen und -schüler, aber natürlich auch für Berufsschülerinnen und -schüler zum Beispiel mit einer zentralen kantonalen Anlaufstelle zur Unterstützung von Sprachaufenthalten vereinfacht wird und sie so alle, unabhängig von der jeweiligen Schule, die gleiche Möglichkeit haben, einen längeren Sprachaufenthalt zu absolvieren. Natürlich hoffen wir, dass dadurch auch vermehrt Sprachaufenthalte gemacht werden. Ab dem zehnten Schuljahr wird ein solcher längerer Aufenthalt nachhaltig und bewirkt, dass die Lernenden eine Kompetenz in der Sprache erreichen; ich kann dies aus eigenen Erfahrungen nur bestätigen. Zudem erweitert ein solcher Aufenthalt neben den Sprachkenntnissen auch den Horizont und macht gerade Gymis Schülerinnen und -schüler selbstständiger, die sich ansonsten in der Schule eher in einem geschützten Rahmen bewegen. In diesem Zusammenhang

macht es auch Sinn, dass Sprachzertifikate gefördert werden und alle Mittelschülerinnen und -schüler dieselbe Möglichkeit haben, entsprechende Zertifikatskurse zu absolvieren. Wir sind ein mehrsprachiges Land im Zentrum von Europa mit vielen internationalen Beziehungen, da ist eine gute Fremdsprachenkompetenz der Bevölkerung von Vorteil.

Die CVP wird beide Postulate überweisen.

Hanspeter Hugentobler (EVP, Pfäffikon): Das Beherrschen von Fremdsprachen wird immer wichtiger. War die Beherrschung von Fremdsprachen für unsere Grosseltern meist kein Thema, so kommt man heute nur noch erschwert durchs Leben ohne Fremdsprachekenntnisse, und das gilt erst recht für die nächste Generation, die mitten in der globalisierten Welt des 21. Jahrhunderts leben und arbeiten wird. Die EVP unterstützt daher diese beiden Postulate zur Sprachförderung, sei es durch mehr Sprachaufenthalte an den Zürcher Gymnasien in diesem Vorstoss oder im nächsten Postulat zur Sicherstellung, dass in den Kantonsschulen auch anerkannte Zertifikate erworben werden können.

Judith Anna Stofer (AL, Zürich): Sprach- und Kulturaustausch ist für die AL essenziell und wichtig, wir haben das bei verschiedenen Vorstössen, die im Rat behandelt wurden, auch schon ausgeführt. Ganz wichtig ist das Postulat der GLP «Vom Schlusslicht in die Spitzengruppe». Dort hat uns vor allem die Haltung der FDP sehr irritiert: Sie hat das ja wirklich sehr explizit abgelehnt, weil – wie hat es Barbara Franzen gesagt? – der bürokratische Aufwand zu riesig sei. Jetzt geht es bei diesen beiden Postulaten um vier Wochen bis ein halbes Jahr Sprachaufenthalt nur für die Gymnasiastinnen und Gymnasiasten, also auch da ist ein sehr grosser bürokratischer Aufwand damit verbunden. Wir sagen dennoch Ja zu den beiden Postulaten der FDP, weil uns der Sprachaustausch sehr wichtig ist. Wir hoffen aber, dass die FDP, wenn es dann um die Volksschule geht, wirklich auch solidarisch ist und nicht nur elitär die Mittelschülerinnen und Mittelschüler unterstützen und bevorzugen will. Es ist, wie Matthias Hauser gesagt hat, eine staatliche Bevorzugung der Mittelschülerinnen und Mittelschüler, und das macht einen nur «hässig», das ist elitär und wirklich nicht angebracht. Also eben: Die Alternative Liste wird die beiden Postulate unterstützen, wie wir auch das Postulat der GLP unterstützt haben. Und wir hoffen, dass im Kanton Zürich wirklich endlich vorwärtsgemacht wird mit dem systematischen Sprachaustausch und mit der Sprachförderung über die Grenzen der Sprachregionen. Das sind ja kleine «Sprüngen», es ist kein Problem, dies zu organisieren.

Ann Barbara Franzen (FDP, Niederweningen) spricht zum zweiten Mal: Die Voten bewegen mich nun doch zu kurzen Repliken. Vielleicht grundsätzlich zur Frage der Schulstufe: Es ist tatsächlich so, dass die GLP ein Postulat eingereicht hat, das für die ganze Volksschule gilt. Aus unserer Sicht – und das ist eben der springende Punkt – geht es hier um eine andere Schulstufe, es geht um Kinder,

Schülerinnen und Schüler ab der vierten Gymnasialklasse, ab dem zehnten Schuljahr. Wir sind der Meinung, dass ein Sprachaufenthalt in diesem Alter mehr Sinn macht. Deswegen haben wir uns hier auf diese Schulstufe beschränkt.

Bezüglich meines Votums zum Vorstoss der GLP, replizierend auf Judith Stofer, möchte ich doch festhalten, dass der Aufwand, den ich angesprochen habe, sich natürlich auf die Volksschule selbst bezieht und auf die Anzahl der Schülerinnen und Schüler, die auf der Volksschulstufe doch wesentlich grösser ist. Da rede ich von einem bürokratischen Aufwand. Ob sie nun eine Woche in den Sprachaufenthalt gehen, da stimme ich zu, das macht tatsächlich keinen grossen Unterschied. Aber die Volksschule hat natürlich sehr viel mehr Schülerinnen und Schüler.

Grundsätzlich stimme ich mit der SVP überein. Wir haben überhaupt nichts dagegen, wenn Sie sich zusammen mit uns – und da erwarte ich jetzt auch einmal einen Vorstoss in dieser Hinsicht – für einen Sprachaufenthalt beispielsweise auch bei den Berufsschulen einsetzen, ab der gleichen Schulstufe, wie wir das hier verlangen. Da würde ich sehr gerne mit Ihnen zusammenarbeiten.

Bezüglich der Chancengleichheit möchte ich auch auf Matthias Hauser replizieren: Es können eben nicht alle immer in die Ferien fahren und sich das privat finanzieren. Und was das Einschränkende an den Gymnasien sein sollte, entzieht sich auch vollkommen meinem Vorstellungsvermögen. Wenn die Gymnasien, die Lehrpersonen bei der Organisation unterstützt würden, was dabei die Gymnasien einschränken sollte, entzieht sich wirklich meiner Vorstellungskraft.

Vielleicht noch zur GLP: Wir danken euch natürlich, dass ihr euch grossherzig dazu bereiterklärt habt, unser Postulat zu überweisen, auch wenn wir eures nicht überwiesen haben. Das stimmt tatsächlich, aber ich möchte doch nochmals sagen, dass es sich um eine ganz andere Schulstufe handelte. Das ist unser Anliegen. Es ging um eine Woche Austausch, das ist für uns den Aufwand nicht wert. Ich danke euch aber doch nochmals, dass ihr uns unterstützt, auch wenn ich den Verweis auf Hawaii doch etwas kleinkrämerisch finde. Besten Dank für die Unterstützung.

Regierungspräsidentin Silvia Steiner: Das Postulat verlangt, einen Bericht zu erstellen, in dem die Voraussetzungen dargelegt werden, damit alle Zürcher Gymnasiastinnen und Gymnasiasten einen Sprachaufenthalt absolvieren können. Zu prüfen sei in diesem Zusammenhang auch eine kantonale Koordinationsstelle.

Im August 2020 hat die Bildungsdirektion im Kanton Zürich die ämterübergreifende Fachstelle Austausch und Mobilität ins Leben gerufen. Sie soll in Ergänzung zum schulischen Unterricht Schülerinnen und Schülern vermehrt die Möglichkeit bieten, ihre Sprachkenntnisse auswärts zu vertiefen. Dieses Projekt ist ämterübergreifend, das Volksschulamt und das Mittelschul- und Berufsbildungsamt sind daran beteiligt. Es ist somit für alle Schülerinnen und Schüler der Sekundarstufe II, aber auch der Volksschule gedacht.

Es ist unbestritten, dass Sprachaufenthalte für die Schülerinnen und Schüler sowohl für die sprachlichen als auch für die sozialen Kompetenzen der Teilnehmenden von grossem Nutzen sind. Ich verweise auf den Bericht des Regierungsrates zum Postulat 85/2014 betreffend Sprachen- und Kulturaustausch in der Schweiz

für alle. Die Förderung von Sprachaufenthalten ist deshalb grundsätzlich anerkannt. Aus diesen Gründen sind wir auch bereit, den Vorstoss entgegenzunehmen.

Abstimmung

Der Kantonsrat beschliesst mit 123 : 45 Stimmen (bei 0 Enthaltungen), das Postulat KR-Nr. 262/2019 zu überweisen. Das Geschäft geht an den Regierungsrat zur Ausarbeitung eines Berichts innert zweier Jahre.

Das Geschäft ist erledigt.